

## Die G8 – Motor der globalen Erwärmung

### Drei Thesen zu einer ökologischen Perspektive auf die G8

*Chris Methmann, 06.05.2006*

*Erschienen in: Sand im Getriebe Nr. 51 ([www.attac.de/sig](http://www.attac.de/sig))*

Die Einschläge kommen näher. Als im Sommer 2005 der Hurrikan Katrina über den Golf von Mexiko hinwegfegte und dabei ein Bild der Zerstörung und 125 Mrd. US\$ Schaden hinterließ, haben sich schlagartig zwei Dinge herauskristallisiert: Der lang prophezeite Klimawandel wird Wirklichkeit. Und er trifft zuerst die Armen.

Im letzten Jahrhundert hat sich die Erdatmosphäre um durchschnittlich 0,7°C erwärmt. Je nach Szenario wird sie sich bis zum Jahr 2100 um weitere bis zu 5,4 °C aufheizen. Zurückzuführen ist dies zu  $\frac{3}{4}$  auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die damit verbundene Freisetzung von Kohlendioxid. Die Erwärmung hängt also zu großen Teilen mit unserer nicht-nachhaltigen Energiepolitik zusammen. Neben einem zu erwartendem Anstieg des Meeresspiegels von bis zu 88 cm zieht die globale Erwärmung Wasserknappheit, Artensterben, eine Verschlechterung der Böden und zunehmende Wetterextreme nach sich.<sup>1</sup>

Was hat das alles mit der globalisierungskritischen Bewegung und der Mobilisierung auf den G8-Gipfel zu tun? Vieles, wie ich im Folgenden an drei Thesen zeigen möchte.

#### **1. Der Klimawandel ist eine Gerechtigkeitsfrage**

Es geht beim Klimawandel und dem damit verbundenen Problem der Energieversorgung nicht nur um Umweltpolitik. Er stellt in mehrfacher Hinsicht eine Frage der (globalen) Gerechtigkeit dar.

*Erstens* sind die Verursacher des Kohlendioxidausstoßes im Wesentlichen die Industrien des Nordens; allein die G8 haben einen Anteil von etwa 50% an den globalen Emissionen. Gleichzeitig treffen die ersten Auswirkungen der Erwärmung die armen Bevölkerungen des Südens. In den Worten des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): „Während die Änderung des Klimas ein globales Phänomen und Problem ist, sind die negativen Auswirkungen auf arme Menschen und arme Länder besonders schwerwiegend.“ Dies liegt zum einen daran, dass diese zum großen Teil von ihrer direkten natürlichen Umwelt abhängig sind. So leben in Afrika 70% der Menschen von der Landwirtschaft. Zum anderen besitzen sie nicht die finanziellen und technischen Möglichkeiten, sich gegen Wetterextreme und steigende Meeresspiegel zu wappnen. Im Moment geht man davon aus, dass bis zum Jahr 2050 ein Temperaturanstieg um 2°C kaum noch zu vermeiden sein wird. Dies würde seriösen Forschungen zu Folge dazu führen, dass 25 Millionen Menschen von Überflutungen, 180-250 Millionen von Malaria und 200-300 Millionen von Wasserknappheit bedroht sein werden.<sup>2</sup> Gegen diese Dimensionen erscheinen unsere aktuellen Anstrengungen im Rahmen sog. Entwicklungszusammenarbeit geradezu lächerlich gering.

---

<sup>1</sup> IPCC 2001. Climate Change 2001: The Scientific Basis. Contribution of Working Group I to the Third Assessment Report of the IPCC. Cambridge: Cambridge University Press.

<sup>2</sup> Parry, Martin et. al. 2001. Millions at Risk. Defining Critical Climate Change Threats and Targets. In: Global Environmental Change 11: S. 181-183.

*Zweitens* stellt der Klimawandel ein massives Hindernis für eine nachhaltige Entwicklung für die Länder des Südens dar. Wie auch immer man Entwicklung begreift oder welche Vorstellungen sich hinter diesem Begriff verbergen mögen: Es liegt nahe, dass im Zuge einer Wohlstandssteigerung im Süden der Ausstoß von Treibhausgasen steigt. Unter den Bedingungen des Klimaproblems erscheint dies alles andere als wünschenswert. Um eine wirklich nachhaltige Entwicklung zu erreichen, ist ein relativ großer finanzieller und technischer Einsatz notwendig – eine Aufgabe, die noch nicht mal die Industrieländer zu stemmen vermögen. Zu den bekannten Entwicklungshindernissen kommt also noch die Aufgabe hinzu, klimafreundliche Wirtschaftsweisen zu entwickeln – Entwicklung wird anspruchsvoller.

*Drittens* haben wir es auf der Seite der Energieversorgung mit einer zunehmenden Knappheit zu tun. Spätestens seit den „Grenzen des Wachstums“, also seit der Beginn der 70er Jahre, ist die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Zwar haben sich die damaligen Prognosen nicht erfüllt, aber dennoch ist allen klar, dass die Vorräte an fossilen Energiequellen wie Öl, Kohl und Gas über kurz oder lang zur Neige gehen werden. Obwohl die Schätzungen schwanken, wann der Zenit der Ölförderung erreicht sein wird, ist realistischerweise mit einem Maximum zwischen 2008 und 2012 zu rechnen.<sup>3</sup> Sobald dieser maximale Förderpunkt aber erreicht ist, wird es unweigerlich zu drastischen Preissteigerungen kommen. Die Ölkrise der Vergangenheit haben gezeigt, mit welchen Auswirkungen für die Weltwirtschaft zu rechnen ist. Noch bevor also die Vorräte wirklich zur Neige gehen, wird die Energieversorgung verstärkt zu sozialen Auseinandersetzungen auch in den Staaten des Nordens führen. Wenn der Liter Benzin drei Euro kostet, wird Mobilität zur sozialen Frage.

Dazu kommt ein weiterer, globaler Aspekt: Der Löwenanteil der Ölvorräte befindet sich in den Ländern des Südens, maßgeblich in den Regionen um den persischen Golf und das kaspische Meer. Diese Regionen werden bei wachsender Knappheit von den öldurstigen Industrien des Nordens noch stärker zum Ziel imperialistischer Geopolitik werden als ohnehin schon. Unter diesem Blickwinkel erscheint es kaum zufällig, dass diese Regionen in den letzten Jahren zum Ziel militärischer Interventionen geworden sind.

Es zeigt sich also deutlich, dass Klima- und Energiepolitik in ähnlichem Maße zur Gerechtigkeitsfrage werden wie die ungerechten Strukturen des Welthandels oder die Verschuldung des Südens. Wer von globalen sozialen Rechten spricht, wird von der globalen Erwärmung nicht schweigen können.

## **2. Klimawandel und neoliberale Globalisierung sind eng miteinander verwoben**

Wenn man sich die Strukturen, die hinter dem Klimawandel stehen, anschaut, tritt sehr schnell zu Tage, dass eine nachhaltige Energiepolitik nur unter einer globalisierungskritischen Perspektive zu erreichen sein wird. Dies spiegelt sich in der Rolle globaler Konzerne und den weltwirtschaftlichen Institutionen wider.

Unsere Energieversorgung ist verschlungen mit mächtigen Konzernstrukturen. Dies bedingt sich durch die besonderen Eigenschaften fossiler Energiequellen: Sie beruhen auf langen Ressourcenketten, für die hohe Investitionen in Großanlagen

---

<sup>3</sup> Wuppertal Institut (Hg.). 2005. Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München: Beck. S. 95.

notwendig sind. Dies begünstigt zentrale Strukturen, und hat historisch zur Herausbildung finanzkräftiger Ölkonzerne geführt, die eng mit anderen Branchen wie der Strom-, Chemie- oder Autowirtschaft zusammenhängen.<sup>4</sup> So hat sich ein hochkonzentrierter industrieller Komplex rund um die Energieversorgung entwickelt. Dieser ist zum großen Teil verantwortlich für den Klimawandel: Allein auf den Ölmulti ExxonMobil sind 5% der Kohlendioxidemissionen im Jahr 2002 zurückzuführen.<sup>5</sup> Für diese Konzerne ist das Geschäft mit der fossilen Energie extrem profitabel. Vor kurzem meldeten Exxon, BP und Co. aufgrund der hohen Ölpreise Rekordgewinne. Ein wirtschaftlicher Anreiz zum Strukturwandel besteht also kaum.

Als häufig ehemals staatliche Unternehmen sind die Unternehmen meist noch eng mit Regierungen verbunden, wie sich zum Beispiel an der gegenwärtigen US-Regierung demonstrieren lässt. Aber auch wenn hierzulande die Kanzlerin zum Energiegipfel einlädt, sitzen 13 Vertreter fossiler Energiekonzerne am Tisch. Erneuerbare Energien werden von ganzen 4 vertreten.<sup>6</sup> Und der neu eingerichteten Expertengruppe der EU zur Energiepolitik gehören neben 12 Konzernvertretern 4 Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Gruppen an.<sup>7</sup> Die historische Nähe von Energiekonzernen und Regierungen hat bis in die heutige Zeit Bestand und blockiert massiv eine fortschrittliche, nachhaltige Politik.

Wir werden also nicht umhin kommen, Macht und Verantwortung von Konzernen zu thematisieren, wenn wir die Klimakatastrophe verhindern wollen. Und da kommen natürlich auch die Prozesse neoliberaler Globalisierung ins Spiel, die bekanntlich demokratische Gemeinwesen dem Nutzen transnationaler Konzerne unterordnen. Die mächtigen Energiekonzerne beeinflussen „ihre“ Regierungen in den internationalen Klimaverhandlungen und verhindern notwendige Einigungen. Gleichzeitig können sie in einer globalisierten Weltwirtschaft stets mit dem Abwanderungsargument drohen und so fortschrittliche Klimapolitik verhindern. Und ihre zunehmend transnationale Struktur macht staatliche Regulierung schwieriger. Es gilt also die hinter der Energiepolitik liegenden Machtstrukturen anzugehen und global zu regulieren.

Auch die in der Globalisierung dominierenden Institutionen der Weltwirtschaft arbeiten einer nachhaltigen Energiepolitik entgegen. Beispiel Weltbank: Mit Vorliebe finanziert diese sog. „Entwicklungsbank“ Projekte, die die Förderung fossiler Brennstoffe zum Ziel haben. Projekte wie Ölpipelines in Ecuador oder Tschad/Kamerun haben oft verheerende Auswirkungen für die lokalen Bevölkerungen, profitieren tun meist die Eliten der jeweiligen Länder und die transnationalen Konzerne. Und obwohl Anfang 2004 ein von der Weltbank in Auftrag gegebener Bericht aus den Förderregionen feststellte, dass der Nutzen solcher Projekte für die jeweiligen Länder sehr fragwürdig sei, hält die Weltbank an ihrer Finanzierungspolitik eisern fest. Noch immer geht zwanzigmal mehr Geld in die Förderung fossiler Rohstoffe als in den Aufbau erneuerbarer Energiequellen.<sup>8</sup>

---

<sup>4</sup> Scheer, Hermann. 2002. Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne. München: Kunstmann. S. 43-65.

<sup>5</sup> [http://www.foei.org/publications/pdfs/exxons\\_climate\\_footprint.pdf](http://www.foei.org/publications/pdfs/exxons_climate_footprint.pdf)

<sup>6</sup> <http://www.campact.de/atom/mannschaftsaufstellung1>

<sup>7</sup> <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2006/04/europaische-energiepolitik-von-der-industrie-dominiert/#more-241>

<sup>8</sup> [http://www.bicusa.org/bicusa/issues/energy\\_and\\_extractive\\_industries/index.php](http://www.bicusa.org/bicusa/issues/energy_and_extractive_industries/index.php)

Beispiel Welthandelsorganisation (WTO): Die auf eine Liberalisierung des Welthandels zielenden Verhandlungen sind hochgradig klimarelevant. Zwischen 1950 und 2002 ist die Menge weltweit gehandelter Waren dreimal so stark gewachsen wie die Menge der produzierten Waren und Dienstleistungen – eine dramatisches Wachstum des Welthandels. Damit einher gehen natürlich ein immens gewachsenes Verkehrsaufkommen und rapide steigende Kohlendioxidemissionen. Insbesondere der Boom in der Luftfahrt ist extrem klimaschädlich. Insgesamt mag es zwar strittig sein, wie sehr liberalisierter Handel den beteiligten Ländern wirklich bringt. Eins ist jedoch klar: Das Klima verliert.<sup>9</sup>

Diese Beispiele zeigen eindrücklich, dass Globalisierung und Klimawandel eng miteinander zusammenhängen. Nur wenn wir die Prozesse neoliberaler Globalisierung in den Blick nehmen, werden wir den Klimawandel eindämmen können.

### **3. Die G8 sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems**

Die Regierungschefs der acht wirtschaftsstärksten Industrienationen, die sog. G8, sehen sich selbst gerne als informelle Weltregierung. Auch in der Klimaproblematik spielen sie sich auf als Problemlöser, die den Klimawandel tapfer angehen. So stand das Thema Klima auf dem Gipfel 2005 in den schottischen Highlands prominent auf der Tagesordnung. Herausgekommen sind wieder einmal viele warme Worte, aber kein Fortschritt in der Eindämmung der globalen Erwärmung. Dass „substantielle Emissionsreduzierungen“ notwendig sind, ist nämlich keine revolutionäre Erkenntnis. Vielmehr ist dies den Staats- und Regierungschefs bereits seit der Klimarahmenkonvention von 1992 bekannt, die auch die G8 ratifiziert haben. Statt einem wirklichen Politikwechsel leisten die Verantwortlichen wieder einmal nur Lippenbekenntnisse und lassen rhetorische Luftballons steigen, die angesichts der kommenden G8-Gipfel sogar wieder zu platzen drohen.

In Vorbereitung auf den diesjährigen Gipfel in St. Petersburg hat der russische Präsident Putin bereits verlauten lassen: "Trotz der wachsenden Präsenz von alternativen Quellen im Energiemix bleiben fossile Brennstoffe die Grundlage für die Energie-Industrie der Welt mindestens in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts"<sup>10</sup> Und vor kurzem ergänzte sein G8-Beauftragter: „In den nächsten zwei Jahrzehnten werden 200-300 neue Atomreaktoren benötigt.“<sup>11</sup> Dass dies den hehren Versprechungen von 2005 widerspricht, ist mehr als augenfällig.

Auch in den internationalen Verhandlungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls zeigen sich die G8 unfähig, der globalen Erwärmung effektiv entgegenzusteuern. Insgesamt konnten sich die Industrieländer auf eine Reduzierung ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2012 (Basisjahr: 1990) um etwa 5% einigen – eine Zahl, die sich angesichts des wirklich Notwendigen lächerlich klein ausnimmt: Um ein nachhaltiges und global gerechtes Niveau zu erreichen, müssten die Industrieländer ihren Kohlendioxid-ausstoß um bis zu 80% bis 2050 senken. Und während sich die USA noch überlegen, ob der Klimawandel ein menschengemachtes Problem darstellt und am

---

<sup>9</sup> Man kann argumentieren, dass Welthandel den notwendigen Transfer klimafreundlicher Technologien fördert. Unklar ist jedoch hier die Rolle des WTO-Rechts mit seinen restriktiven Regelungen zum Schutz geistiger Monopolrechte.

<sup>10</sup> <http://www.ftd.de/politik/international/57413.html>

<sup>11</sup> <http://www.ftd.de/politik/international/67940.html>

Kyoto-Prozess gar nicht teilnehmen, sieht es bei der Umsetzung auch in den Kyoto-Staaten nicht sehr rosig aus: In der EU lagen die CO<sub>2</sub>-Emissionen 2003 nur 1,7% unter dem Stand von 1990. Wenn die Entwicklung der letzten Jahre sich fortsetzt, prophezeit Friends of the Earth bis 2012 gar eine Steigerung der Emissionen um 2,8% gegenüber 1990.<sup>12</sup>

Um es auf den Punkt zu bringen: Was wir eigentlich bräuchten, wäre ein massiver Ausbau erneuerbarer Energien, ein Programm zur Energieeinsparung und ein gerechtes Modell, wie die aufstrebenden Ökonomien des Südens den fossilen Entwicklungspfad überspringen können. Für ersteres wäre z.B. eine globale CO<sub>2</sub>-Steuer denkbar, deren Erlös für letzteres zu verwenden wäre und gleichzeitig Anreize zum Energiesparen setzen würde. Was wir stattdessen bekommen sind eine angedrohte Renaissance der Atomenergie und eine Debatte über die sog. Energiesicherheit, die sich hauptsächlich um die Sicherung fossiler Rohstoffe dreht. Die G8 sind daher nicht, wie sie sich gerne darstellen, Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Sie zeigen sich nicht nur unfähig, unsere Zukunft nachhaltig zu organisieren, sie heizen die globale Ungerechtigkeit weiter an. Wenn in den nächsten Jahren in der Südsee die ersten Inselstaaten dem steigenden Meeresspiegel zum Opfer fallen, kann man mit Recht behaupten, dass die G8 die Verantwortung dafür tragen. Lasst uns stattdessen lieber die G8 versenken.

---

<sup>12</sup> [http://www.foeeurope.org/climate/download/background\\_1yKyoto.pdf](http://www.foeeurope.org/climate/download/background_1yKyoto.pdf)